

## Die Schüler in der Anti-Kriegsbewegung – und was davon bleiben wird

Dieter Rucht<sup>1</sup>

Zu Tausenden beteiligen sich in diesen Wochen Schülerinnen und Schüler in separaten Blöcken oder im Rahmen völlig eigenständiger Demonstrationen an den Anti-Kriegsprotesten. Die Medien, angeleitet durch einen Bericht des „Spiegel“ (24.3.2003), sind dabei, eine „Generation Golfkrieg“ auszurufen. Diese habe nun eine vermeintlich unpolitische Konsum- und Spaßgeneration („Generation Golf“) abgelöst. Ist dieses Bild richtig? Unterscheiden sich die protestierenden Jugendlichen und speziell die Schüler von den übrigen Demonstranten? Und wie lässt sich die derzeit hohe Präsenz von Schülern erklären?

Die starke Beteiligung von Schülern an politischen Protesten und auch an Anti-Kriegsprotesten ist kein neues Phänomen. Erinnerung sei an die Schülerbewegung im Schatten der Studentenbewegung in den späten 1960er Jahren. Erinnerung sei auch an die Proteste gegen den Golfkrieg von 1991, die ganz wesentlich von Schülern geprägt waren. Auch in den letzten Jahren, beispielsweise bei der Demonstration anlässlich des Besuchs von George W. Bush am 21. Mai 2002 in Berlin, traten Schüler in separaten Demonstrationsblöcken auf. Gleichwohl ist die absolute Zahl protestwilliger Schüler in diesen Wochen höher als jemals zuvor. Laut einer vom 18.-20. März durchgeführten telefonischen Repräsentativbefragung der bundesdeutschen Bevölkerung hatten 34 Prozent der 14 bis 19-Jährigen angegeben, sich an Demonstrationen und Protestkundgebungen gegen den Irakkrieg zu beteiligen, während der entsprechende Anteil bei der Gesamtbevölkerung 15 Prozent betrug (Umfrage von *polis* im Auftrag der Deutschen Presseagentur). Auch die von mir und mit Mitteln des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung organisierte Befragung einer Zufallsauswahl von Teilnehmern der großen Berliner Anti-Kriegsdemonstration am 15. Februar in Berlin zeigt, dass in Relation zur Gesamtbevölkerung überproportional viele Angehörige der Altersgruppe unter 25 Jahren vertreten waren. Diese Befragung erlaubt es darüber hinaus, die Besonderheiten von jugendlichen Demonstranten – und speziell von Schülern – festzustellen. Der nun abgeschlossenen Erhebung, deren erste Ergebnisse bereits vorgestellt wurden (Frankfurter Rundschau 21. März; Der Tagespiegel 28. März), liegen 781 beantwortete Fragebögen zugrunde (Rücklaufquote 54,6 Prozent).<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Professor für Soziologie am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Leiter der dortigen Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“. Kontakt: rucht@wz-berlin.de

<sup>2</sup> Weitere 21 beantwortete Fragebögen, die nicht nach dem Zufallsprinzip verteilt worden waren, wurden aus der Analyse ausgeschlossen.

Auf einen kurzen Nenner gebracht, lässt sich für die Demonstranten unter 25 Jahren – im Vergleich zu allen übrigen Teilnehmern – folgendes feststellen: Der Frauenanteil ist mit 54,5 Prozent etwas über dem Durchschnitt (Demonstranten ab 25 Jahren: 52,4 Prozent). Eine höhere Quote der jugendlichen Teilnehmer hat in den vergangenen fünf Jahren häufig demonstriert; allerdings ist unter den befragten Jugendlichen auch – zum großen Teil altersbedingt – ein höherer Prozentsatz von erstmals Demonstrierenden (Tabelle 1). Mit 23,5 Prozent stuft sich ein überproportionaler Anteil unter den Jugendlichen weit links ein (Vergleichsgruppe: 17,5 Prozent). Höher ist mit 17 Prozent auch der Anteil derer, die „überhaupt nicht“ zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind (Vergleichsgruppe: 14,5 Prozent). Im Widerspruch zu der Meinung, der jugendliche Protest sei besonders naiv, steht das Ergebnis, dass die Jugendlichen die Wirkung ihrer Demonstration deutlich skeptischer als die älteren Generationen beurteilen (Tabelle 2). Zugleich vertreten sie entschiedenere Positionen in der Ablehnung des Krieges, aber stimmen eher der Meinung zu, der Irak müsse zu Fall gebracht werden, um die Leiden des irakischen Volkes zu beenden. Deutlich ist bei den befragten Jugendlichen, wengleich in etwas geringerem Maße als bei den übrigen Demonstranten, die Distanz gegenüber der CDU/CSU und der FDP (Tabelle 3). Anhänger dieser Parteien, obgleich zu großen Teilen kritisch gegenüber dem Krieg, waren der Demonstration am 15. Februar weitgehend fern geblieben.

Ein Vergleich von Schülern und Studenten zeigt bei den Schülern die deutlich geringere Unterstützung für die Globalisierungskritiker (52,9 Prozent der Schüler versus 81,5 Prozent der Studenten), die etwas geringere Hoffnung einer positiven Wirkung der Demonstration hinsichtlich der Verhinderung des Krieges (47,6 versus 49,4 Prozent), einen höheren Anteil der extremen Linken (23,8 versus 18,6 Prozent), die deutlich rigorosere Ablehnung des Krieges auch dann, wenn er vom Sicherheitsrat gebilligt worden wäre („lehne völlig ab“: 53,7 versus 41,4 Prozent), und die geringe Zustimmung für die Position, dass das Regime im Irak zu Fall gebracht werden müsste, um das Leiden des irakischen Volkes zu beenden („stimme zu“ und „stimme völlig zu“: 48,8 versus 53,6 Prozent). In der Gesamttendenz nehmen die Schüler im Vergleich zu den Studenten eine rigorosere Haltung in ihrem Protest ein.

Die bürgerlichen Parteien, aber auch die PDS, würden bei der Sonntagsfrage unter den Schülern etwas besser als unter den Studenten abschneiden. Die Grünen dagegen fänden eine zwar absolut sehr hohe, aber im Vergleich zu den Studenten deutlich geringere Unterstützung (Tabelle 3).

Es gibt also einige generationsspezifische Unterschiede wie auch Unterschiede zwischen Schülern und Studenten, die jedoch im Gesamtbild nicht überschätzt werden sollten.

Hinsichtlich vieler der erfragten und hier nicht berichteten Merkmale zeigen sich keine wesentlichen Abweichungen zwischen den Gruppen. Früher durchgeführte Protestanalysen in anderen Themenfeldern haben erwiesen, dass die jüngeren Generationen und vor allem die Studenten besonders protestaktiv sind.<sup>3</sup> Dass jedoch derzeit die Schüler – auch relativ zu den Studenten – so stark in Erscheinung treten, bleibt erklärungsbedürftig. Darüber können allerdings mangels einschlägiger Untersuchungen nur Vermutungen angestellt werden.

Für die starke Präsenz von Schülern bei den gegenwärtigen Anti-Kriegsprotesten ist das Zusammentreffen von allgemeinen Hintergrundbedingungen und besonderen auslösenden Bedingungen verantwortlich. Ein erster und wichtiger Faktor ist die im frühen Jugendalter besonders ausgeprägte Empfindlichkeit für Widersprüche zwischen hehren Idealen und einer davon weit entfernten Wirklichkeit. Schüler reagieren im allgemeinen empört auf die ungerechte Behandlung durch Lehrer, selbst wenn es hier nur um Kleinigkeiten gehen mag. Umso empörter reagieren sie auf einen Politiker wie George W. Bush, der im Namen Gottes und demokratischer Werte einen Angriffskrieg zur „Befreiung“ eines Volkes beginnt, obgleich damit internationales Völkerrecht flagrant verletzt, die Mehrheit der Staatengemeinschaft missachtet wird und zudem keine unmittelbar drohende Gefahr vorliegt. Es ist vor allem dieser Widerspruch, der die noch nicht durch die „Realpolitik“ abgebrühten Schüler auf die Straße treibt. Zugleich bietet das konkrete Demonstrationshandeln eine psychische Entlastung. Es befreit von dem Ohnmachtsgefühl und macht aus Zuschauern Handelnde. Entsprechend lauten Antworten von Schülern auf die Frage, warum sie demonstrieren: „Für ein besseres Gewissen. Nicht immer nur passiv sein“, „um nicht untätig in der Ecke zu sitzen“ und „um zu zeigen, dass es mir nicht gleichgültig ist, was um mich herum passiert“.

Ein zweiter Faktor ist die politische Sozialisation der derzeitigen Schülergeneration durch Eltern, welche in den 1970er und 1980er Jahren, also der Phase *nach* der Studentenbewegung, geprägt wurden. In diese Phase fallen die Proteste gegen Atomkraftwerke und umweltschädigende Bauvorhaben, gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa und vieles mehr. Sahen viele Kinder der 68er-Generation die Haltung ihrer Eltern, die Bücher verschlangen, endlos diskutierten und die sozialistische Revolution vor der Tür glaubten, eher mit Befremden, so scheint sich zwischen der späteren Elterngeneration und deren Kindern eine geringere Kluft aufzutun. Damit ergibt sich auch ein größerer formativer Einfluss seitens der Eltern. Weiterhin ist in Rechnung zu stellen, dass der Anteil der

---

<sup>3</sup> Vgl. Dieter Rucht/Roland Roth, 1999. Weder Rebellion noch Anpassung: Jugendproteste in der Bundesrepublik. In: dies. (Hrsg.), Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Leverkusen: Leske + Budrich, S. 283-304.

politischen Aktivisten in der 68er-Generation sehr klein war in Relation zur Zahl derer, die in den nachfolgenden neuen sozialen Bewegungen über einen langen Zeitraum engagiert waren. Eine auf lebensweltlichen Probleme zielende Protestbereitschaft, so könnte man zugespitzt formulieren, wurde vielen der heute engagierten Schüler gleichsam mit der Muttermilch weitergegeben. Somit ist es auch nicht erstaunlich, dass an den gegenwärtigen Anti-Kriegsprotesten sowohl die Eltern und Lehrer als auch ihre jugendlichen Schützlinge, wengleich meist in getrennten Gruppen, beteiligt sind.

Ein dritter Faktor, der zu einer eigenständigen und starken Mobilisierung der Schüler beitragen dürfte, ist das weit verbreitete Unbehagen gegenüber den etablierten Formen politischer Interessenvertretung in Gestalt hierarchischer Verbände und Parteien. Diese sind geprägt durch die Auftritte von Vorsitzenden und Sprechern, durch Geschäftsordnungen und formalisierte Rituale. Dagegen setzen die Schüler ihre spontane Aktivität, die Informalität ihrer Netzwerke und Zirkel, die Lust an kreativer und zuweilen theatralischer Symbolik, das Gemeinschaftserlebnis unter Gleichen, die autonome Organisation, die auch gesonderten Demonstrationen oder Demonstrationsblöcken zum Ausdruck kommt.

Viertens bieten Demonstrationen eine Abwechslung vom grauem (Schul-)Alltag, zuweilen sogar einen Nervenkitzel, wenn begrenzte Regelverletzungen, zum Beispiel in Form einer Sitzblockade, anstehen. In einer Welt, in der das Spielzeug der Kleinen nur noch TÜV-geprüft auf den Markt kommt, in der viele Lebensräume von Jugendlichen durch Aufsichtspersonen kontrolliert und durch Routinen strukturiert werden, versprechen Demonstrationen ein Stück Außeralltäglichkeit. So ernst auch der gegenwärtige Anlass ist, so sehr wird doch von Schülern betont, dass die Anti-Kriegsdemonstrationen „Spaß machen“.

Nicht zuletzt, so ein fünfter Gesichtspunkt, versprechen die Massendemonstrationen im Kreise der Gleichgesinnten öffentliche Beachtung und Anerkennung. Demonstrationen sind öffentliche Inszenierungen, um sich und seinen Standpunkt „vorzuzeigen“. Hierbei besteht eine Besonderheit der derzeitigen Friedensdemonstrationen darin, dass man sich einer sehr großen, zuweilen sogar einer Weltöffentlichkeit präsentieren kann. Dutzende umher schwärmender Fotografen und Filmteams sind der Garant dafür, immerhin als eine Gruppe wahrgenommen zu werden. Die Botschaften richten sich nicht nur an die übrigen Demonstrierenden und Zaungäste vor Ort, sondern an das Medienpublikum. Darüber hinaus lässt sich das eigene Tun nochmals in Lokalzeitung oder gar in der Tagesschau nachvollziehen, so dass man sich seiner eigenen Bedeutung vergewissern kann.

Der Weg von öffentlicher Aufmerksamkeit zu politischer Vereinnahmung ist nicht weit. Dies gilt zumal in einer Situation, in sich die jugendlichen Demonstranten in ihrer Ablehnung

des Krieges mit der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und sogar ihrer Regierung einig wissen. Freundlicher Beifall war eine prägende Erfahrung der angeblich „neuen Studentenbewegung“, welche um die Jahreswende 1988/99 „ideologiefrei, pffiffig und nicht allzu frech“ (Der Spiegel vom 30.1.1989) zahlreiche Institute besetzte und zu Tausenden durch die Straßen zog. Mit ihren Forderungen nach einer besseren Ausstattung der Universitäten konnten sich die Protestierenden des Wohlwollens von Politikern, inklusive des damaligen Bildungsministers Jürgen Möllemann, erfreuen. Eine zweite studentische Protestbewegung in den Jahren 1997/98 erlitt geradezu einem Erstickungstod durch allzu feste Umarmung. Dazu gehörten lobende Worte des damaligen Kanzlers Helmut Kohl, Unterstützungserklärungen aus den Parteizentralen und der Empfang einer Studentendelegation durch FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle. Dieser zeigte sich darüber beglückt, dass die „98er“ „dafür streiken, ihre Leistungschance zu bekommen“. Vom Sprecher der Anti-Atomkampagne von Greenpeace gab es obendrein die Empfehlung, nicht nur *gegen* sondern *für* etwas zu sein und eine Vision zu formulieren (Die Zeit, 28.11.1997). Und der Creativ-Direktor der Werbeagentur Scholz & Friends riet den Protestierenden, maximale Medienpräsenz durch „unerhörte“ und „unverschämte“ Studentenaktionen anzustreben (ebd.). Wieder einmal sah der *Spiegel* eine neue Studentengeneration am Werk, die sich vor allem durch ihre Desillusionierung auszeichne: „Die Universität ist ihnen längst zum notwendigen Übel und das Studium zur Nebensache geworden.“ (1.12.1997) Heute scheinen weder die teilweise miserablen Studienbedingungen noch die aktuelle Kriegssituation die Masse der Studierenden auf die Barrikaden zu treiben. Angesichts des gegenwärtigen Arbeitsmarktes sind Studium und der Erwerb weiterer Zusatzqualifikationen keineswegs eine Nebensache. Politisches Engagement, so die verbreitete Erfahrung an den Universitäten, kostet Zeit und „bringt wenig“. Kein Wunder, dass nicht die Studenten sondern die Schüler die Avantgarde des jugendlichen Protests bilden.

Ob und wie es mit den heutigen Anti-Kriegsprotesten weitergeht, hängt nicht vom freundlichen Applaus anschmiegsamer Parteipolitiker sondern vom weiteren Kriegsverlauf ab. Wie immer dieser aussehen mag – die Massenproteste lassen sich nicht auf Dauer stellen. Ermüdungserscheinungen und *déjà vu*-Reaktionen sind unvermeidlich. Auch wird die Medienkarawane, der gerade die neue Schülerbewegung feiert, weiterziehen. Was wahrscheinlich bleiben wird, sind die Langzeiteffekte bei einer Minderheit junger Demonstranten. Geprägt durch die Erfahrung dieses Kriegs und seiner Hintergründe, geprägt auch durch die Erfahrung der Relativität von Medienperspektiven, werden diese Jugendlichen ihre politische Kritik weiter treiben. Damit bilden sie ein erhebliches Potential für eine

politische Mobilisierung in thematisch verwandten Protestfeldern, nicht zuletzt der Globalisierungskritik. Derzeit kursiert im Internet ein Offener Brief des Schriftstellers Paolo Coelho an Präsident George W. Bush, der vor allem bei Schülern großen Zuspruch findet. Darin heißt es: “Danke, denn ohne Sie hätten wir nicht erkannt, dass wir fähig sind, uns zu mobilisieren. Möglicherweise wird es uns diesmal nichts nützen, aber ganz sicher später einmal.“

Tabelle 1: Frühere Protestbeteiligung\* der Demonstranten  
am 15. Februar 2003 nach Gruppen  
(Prozentwerte)

	Unter 25Jährige	Ab 25Jährige	Schüler	Studenten
das erste Mal	17,5	23,5	18,3	15,2
2 bis 5 mal	52,5	54,4	58,5	46,2
6-10 mal	18,0	12,6	14,6	24,0
11-20 mal	7,0	6,0	7,3	7,6
Mehr als 20 mal	5,0	3,5	1,2	7,0
Summe	100	100	100	100
N	200	579	82	171

\* Frage: Wie oft haben Sie schätzungsweise in den letzten 5 Jahren an einer lokalen, nationalen oder internationalen Demonstration oder einem sonstigen öffentlichen Protest teilgenommen?

Tabelle 2: Gruppenspezifische politische Einstellungen der Demonstranten  
am 15. Februar 2003 (Prozentwerte)

	unter 25 Jahren	ab 25 Jahren	Schü- ler	Stu- denten
Selbsteinstufung auf Links/Rechts-Skala weit links (Werte 0 und 1 auf 11-Punkte-Skala)	23,5	17,5	23,8	18,6
Zufriedenheit mit Demokratie. „überhaupt nicht zufrieden“	17,0	14,5	15,2	14,3
Demonstration erhöht Chance einer Verhinderung des Krieges. „Stimme zu“ und „stimme völlig zu“	47,0	68,6	47,6	49,4
Kriege sind immer falsch. „Stimme zu“ und „stimme völlig zu“	79,3	74,4	81,5	72,8
Ein Krieg gegen den Irak ist gerechtfertigt, wenn er vom Sicherheitsrat der UNO gebilligt wird. „lehne völlig ab“	47,0	29,5	53,7	41,4
„lehne ab“	33,5	45,0	30,5	34,3
Das irakische Regime muss zu Fall gebracht werden, um das Leiden des irakischen Volkes zu beenden. „Stimme zu“ und „stimme völlig zu“	57,7	43,3	48,8	53,6

Tabelle 3:  
 „Sonntagsfrage“ zur Bundestagswahl\*  
 (Prozentwerte)

	unter 25 Jahren	Ab 25 Jahren	Schüler	Studenten
CDU/ CSU	4,1	0,6	5,4	2,1
SPD	20,1	20,0	13,5	14,7
FDP	1,8	0,8	2,7	0,7
Grüne	49,1	55,3	48,6	58,7
PDS	17,2	21,4	21,6	18,9
Andere	7,7	1,9	8,1	4,9
Total	100	100	100	100
N	169	481	74	143

\* Wortlaut: „Wenn morgen Bundestagswahlen wären,  
 für welche Partei würden Sie stimmen?“